

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII 1968

Bonn, den 5. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 5	ANSTERBAM	106

Zum diesjährigen Kongreß der Sozialistischen Internationale
Von Günter Markscheffel

2a	Überlastete Gerichte ?	16
----	------------------------	----

Demonstriert an Beispiel von Marburg und Würzburg

3a	Unnötig	26
----	---------	----

Majonica und Israel

4 - 5	Pankovs verlegene Antwort auf Herburg	42
-------	---------------------------------------	----

Verwirrung auf der ganzen Linie

5	"Arbeiter in Bremer"	24
---	----------------------	----

Interessantes Ergebnis einer Meinungsumfrage

6	Spitzbergen	13
---	-------------	----

Norwegisches Desinteresse ?

Chefredakteur Günter Markscheffel

Amsterdam

Zum diesjährigen Kongreß der Sozialistischen Internationale
Von Günter Markecheffel

Vom 9. bis 12. September 1963 findet in Amsterdam der diesjährige Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. An ihm werden die Vertreter von 30 sozialdemokratischen Parteien aus aller Welt teilnehmen. Seit jeher waren Kongresse der Sozialistischen Internationale bedeutsame Ereignisse. Auch diesmal werden wieder in offener kameradschaftlicher Aussprache die großen Probleme der Gegenwart und Zukunft diskutiert werden, die Millionen Menschen zur Zeit bewegen. Immer geht es hierbei um das Suchen nach einer Politik, die den Menschen Freiheit vor Not und Freiheit von Furcht sichern soll und die den Anspruch erhebt, der Erhaltung des Friedens zu dienen.

In Amsterdam stehen Fragen zur Diskussion, die gleichzeitig auch in der UNO, in den europäischen Parlamenten und überall dort, wo über die Beziehungen der freien Welt zu den jungen Nationen der Entwicklungsländer beraten wird, eine gewichtige Rolle spielen.

Die Sozialistische Internationale und die ihr angeschlossenen sozialdemokratischen Parteien Europas setzen sich für eine konsequente gemeinsame Politik der freien Völker Europas ein. Deshalb wird auch in Amsterdam das Thema der Reaktivierung der Europa-Politik einer der Höhepunkte sein.

Ebenso bedeutsam ist die Thematik der Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den Vereinigten Staaten. Auch hierzu sind Beschlüsse zu erwarten, die ein konstruktives Einwirken auf die aktuelle Politik der meisten europäischen Länder zur Folge haben werden.

Die große Problematik der Beziehungen der freien Welt zu den Entwicklungsländern ist den sozialdemokratischen Parteien nicht neu. Seit jeher haben die Parteien des demokratischen Sozialismus die Emanzipation der früheren Kolonialvölker gefördert und gefördert. Jetzt, nachdem die meisten dieser Völker ihre Selbständigkeit erlangt haben, geht es darum, ihnen zu helfen, den nunmehr beschrittenen Weg in Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften der Welt erfolgreich fortzusetzen.

* * *

Der diesjährige Kongreß der Sozialistischen Internationale in Amsterdam gewinnt aber auch aus einem anderen Grunde eine besondere Bedeutung. In den letzten Monaten ist immer sichtbarer geworden, daß der Kommunismus in der praktischen Politik jene Vorstellungen aufgeben mußte, die sofort nach dem ersten Weltkrieg zur Gründung der Kommunistischen Internationale und damit zur Spaltung der demokratischen Weltarbeiterbewegung geführt hatten.

Die Kommunistische Internationale - die sogenannte III. Internationale - hatte mit der Staatswerdung der Sowjetunion nach dem ersten Weltkrieg die These vertreten, daß der von einer Zentrale gesteuerte revolutionäre Weg zur Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus der "einzig mögliche und daher einzig richtige Weg" sei. Im Gegensatz zu den Parteien des demokratischen Sozialismus - der II. Internationale - die den evolutionären Weg entsprechend den gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten einer jeden Nation für richtig hält, sollte die III. Internationale den Arbeitern der ganzen Welt ein dogmatisches Gesetz des Handelns vorschreiben.

Abgesehen von den ideologischen Unterschieden zwischen der revolutionären und der evolutionären Denkweise von Kommunisten und Sozialdemokraten und auch abgesehen von der völlig unterschiedlichen Bewertung des Begriffs Menschenwürde, führte das Beharren Moskaus auf sein angeblich allein gültiges Konzept zu immerwährender Spaltungen, Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen der einzelnen Arbeiterparteien in der ganzen Welt. Je stärker sich die Sowjetunion als Staat konsolidierte, umso rücksichtsloser wurde der Machtanspruch des staatlichen und parteilichen Apparates des Kommunismus.

Diese Denk- und Handlungsweise der russischen Kommunisten pervertierte die sozialistische Idee; sie fand staatspolitisch ihren Ausdruck in der Negierung aller moralischen Prinzipien. Das Bündnis zwischen Khrushchev und Stalin führte zu einer die ganze kommunistische Bewegung kompromittierenden Erniedrigung. Zur Maxime des politischen Handelns aller kommunistischen Parteien der Welt wurde die Idee, daß der Zweck die Mittel heilige.

* * *

Die kommunistische Partei Jugoslawiens war die erste, die unter Führung von Tito in den Jahren 1946/47 die stalinistische Umklammerung durchbrach. Stalin wehrte sich dagegen mit "Säuberungsprozessen" in den kommunistischen Parteien. Er wollte die These Titos, daß jedes Volk den "eigenen Weg" zum Sozialismus, entsprechend den eigenen Bedingungen, finden müsse, durch Schauprozesse zertrampeln. Stalin fand genügend Schuldige, die schauerliche Verratsvorwürfe gegen namhafte Kommunisten konstruierten, und er fand auch genügend Henker, die die Todesurteile vollstreckten.

Aber schon vor Stalins Tod begann, zweifellos angeregt durch die Haltung der jugoslawischen Kommunisten, innerhalb der III. Internationale der Prozeß des Umdenkens, der selbst vor den Führungskadern der kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht Halt machte. Die These vom "eigenen Weg" wurde Allgemeingut, und als Chruschtschow nach dem Tode des Diktators Stalin auf dem 20. Parteitag der KP der UdSSR seine große Anklagerede gegen den Stalinismus hielt, war Titos Aufstand gegen Moskau bereits gerechtfertigt.

Parallelerscheinungen hierzu waren: der Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone, die Erhebung in Polen und bald danach die ungarische Revolution. In der "DDR" konnte sich der Stalinist Ulbricht unter Berufung auf militärische Notwendigkeiten halten. Die Ablösung der Stalinisten in Polen durch Gomulka dagegen war unaufhaltsam. Der Volksaufstand in Ungarn, überraschend und weniger zielbewußt geführt als in Polen, wurde ebenfalls von Moskau mit dem Hinweis auf militärische Notwendigkeiten niedergeschlagen (Warschauer Fakt).

Unaufhaltsam jedoch bestätigt sich seither die Bigengesetzmäßigkeit der ökonomischen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten in jedem einzelnen von Kommunisten regierten Land. Die Sowjetunion, deren stalinistische Kader unter Führung von Chruschtschow durch eine jüngere Generation abgelöst wurden, ging den ihr richtig erscheinenden Weg ohne Rücksicht auf die kommunistischen Parteien anderer Länder. Immer deutlicher zeigt sich jetzt, daß die Sowjetunion bestrebt ist, ihren "Bestand" zu erhalten und zu vermehren. Notwendigerweise mußte die Sowjetunion bei diesem Versuch in einen Konflikt mit China geraten, mit einem China, das noch nicht über einen "aus der Revolution geborenen Bestzustand" verfügt und im Gegensatz zu anderen kommunistischen Staaten immer noch um seine internationale Anerkennung (JNO) ringt.

* * *

Im Augenblick sieht es so aus, als sei die Sowjetunion aus ökonomischen Gründen bestrebt, eine Situation der friedlichen Koexistenz mit ihren ideologischen Gegnern im Westen anzustreben. Moskau muß dabei die Möglichkeit des "eigenen Weges", wie es ihr für sich in Anspruch nimmt, auch den kommunistischen Parteien der anderen Länder zubilligen. Hierbei stellt es diese Parteien vor die Wahl: diesen "eigenen Weg" ausschließlich mit Moskau und vor allem wirtschaftlich im Rahmen des COMECON zu gehen oder auch durch bilaterale Vereinbarungen mit Staaten außerhalb der COMECON-Gemeinschaft in Verbindung zu treten. Moskau läßt Peking im Augenblick beiseite, wünscht aber von den übrigen kommunistisch regierten Staaten, daß dieses China nicht bei dem Versuch, hemmend auf die Koexistenzpolitik einzuwirken, unterstützt. Aus diesem Grunde sucht Chruschtschow jetzt eine enge Fühlungnahme mit Tito und fordert intern die kommunistischen Parteien des Westens sogar auf, sich aktiv und auf der Grundlage der "reellen Gegebenheiten" in die westliche ökonomische Bündnispolitik einzuschalten (EWG).

* * *

Das alles besagt noch nichts über den endgültigen Ausgang des aktuellen Konflikts zwischen Moskau und Peking, wenn man davon ausgehen will, daß es überhaupt bei ideologischen Auseinandersetzungen ein "Endgültig" gibt. Aber unabhängig davon steht heute schon fest, daß das Gesetz, unter dem die III. Internationale nach dem ersten Weltkrieg angetreten war, und der die Möglichkeit des "eigenen Weges" der kommunistischen Parteien ursprünglich ausschloß, nicht mehr existent ist.

Das theoretisch-ideologische Gebäude des Weltkommunismus ist zerfallen. Die innere Gesetzmäßigkeit der evolutionären Entwicklung hat auch die Kommunisten in ihrem eigenen Machtbereich gezwungen, sich mit den gleichen Problemen auseinanderzusetzen, mit denen sich im nicht-kommunistischen Bereich der Welt alle anderen Nationen ständig auseinandersetzen müssen.

Aus diesen und den eingangs erwähnten Gründen ist die diesjährige Tagung der Sozialistischen Internationale in Amsterdam von einer aktuellen politischen Bedeutung, die weit über den Rahmen der in ihr zusammengekommenen sozialdemokratischen Parteien hinausreicht. Der demokratische Sozialismus kann heute mit Stolz von sich sagen, daß er der Ausdruck der in praktische Politik umgesetzten Bemühens von Millionen Menschen ist, ihr Schicksal auf dieser Erde menschenwürdiger zu gestalten als es bisher war.

+ + +

- 4 -

Überlastete Gerichte ?

Demonstriert am Beispiel von Harburg und Würzburg

sp - In Harburg hat kürzlich ein Student einen Polizeibeamten verprügelt, weil dieser dem etwas angezeigten Gelehrtenbesitzling unter sagt hatte, eine Betonröhre auf die Straße zu rollen. Der Polizeibeamte wurde schwer verletzt und erstattete Anzeige wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Nach einiger Zeit wurde in Harburg bekannt, der Student sei mit einer Ordnungstrafe von 60 DM davongekommen. Anklage wurde nicht erhoben.

Der Würzburger Arzt Elmar H e r t e r i c h hat in einem seiner zahlreichen Prozesse einen Zeugen mit dem Ausdruck "armer Zeuge" betitelt. Was Dr. Herterich damit andeuten wollte, ist nicht ganz klar. Der Zeuge jedoch, ein Würzburger Anwalt, stellte Strafantrag gegen Dr. Herterich. Diesem Antrag wurde stattgegeben, und am 26. September wird ein Schöffengericht über Dr. Herterich "wegen Beleidigung" zu befinden haben. - Da sage einer noch, unsere Gerichte seien nicht überlastet !

Unnötig

Majonica und Israel

sp - Die Tugend des Schweigens muß geübt sein. Reden zur unrichtigen Zeit und an unrichtigen Ort können viel Schaden anrichten. Was ging wohl bei Herrn M a j o n i c a , aussenpolitischer Experte der CDU, vor, als er ausgerechnet auf arabischem Boden, nämlich in Damaskus vor seinem Abflug nach Kairo, seinen Gastgebern versicherte, die Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion denke nicht daran, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu befürworten. Vielleicht dachte Herr Majonica damit seinen arabischen Freunden einen Gefallen zu erweisen, vielleicht wollte er auch, verlockt durch die ihm erwiesene Gastfreundschaft, sich einen guten Abgang sichern. Hätte er doch lieber geschwiegen. Seine die Israelis verletzende Bemerkung war unnötig und muß bittere Empfindungen auslösen. Es war Israel, das in den vergangenen Jahren wiederholt seine Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekundete. In Bonn keine Resonanz fand, obwohl einflußreiche CDU-Politiker während ihrer Israelbesuche in diesem Wunsch mit einstimmter. Hier ergäbe sich für Franz Josef S t r a u s s , den letzten prominenten Israelbesucher aus dem deutschen Regierungslager, die Gelegenheit, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eines Besseren zu belehren. Er war es doch, der recht emphatisch den Israelis versicherte, er sehe absolut keinen Grund, der einer Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen beiden Ländern entgegenstehe. Seine Partei weiß sich doch sonst - wir erleben es gerade in diesen Tagen - so gut bewarbtbar zu machen; nichts hindert die CSU-Bundesminister im Kabinett daran, ihren Einfluß im Sinne von Strauss geltend zu machen.

Oder spricht man auch hier mit doppelten Zungen ?

Pankow verlegene Antwort auf Hamburg

Verwirrung auf der ganzen Linie

sp - Die klare Sprache der deutschen Sozialdemokratie auf ihrem 3. Deutschland-Treffen in Hamburg hat die Kommunisten in Ostberlin in Verlegenheit gebracht. Das Echo der SED-Presse ist durch das Bestreben gekennzeichnet, die alte kommunistische Propagandathese von der "Kluft zwischen der SED-Mitgliedschaft und der SPD-Führung" mißbar aufrecht zu erhalten.

Wie sehr die Propagandisten in Pankow in Verwirrung geraten sind, läßt sich schon daraus erkennen, daß sie in ihren Zeitungen auf der einen Seite von angeblicher schwerwiegenden Differenzen zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner in der Beurteilung des Moskauer Abkommens über den Atomteststopp und seine Auswirkungen auf die Berliner Politik sprechen, zum anderen aber - wie es die "Berliner Zeitung" tut - im Hinblick auf das Deutschlandtreffen der SPD in Hamburg von einem "Kaisersfall der Wehner und Brandt" schreiben.

Die Diskussion der Sozialdemokraten in Hamburg hat der SED-Führung das Konzept verdorben. Man begnügt sich in Berichterstattung und Kommentaren nach altbekanntem billigen Rezept die Forderung der SPD nach einer gemeinsamen Außen- und Deutschlandpolitik als ein "neuerliches Anbiederungsbestreben der Brandt und Wehner bei Adenauer" zu diffamieren, um gleichzeitig aus dem Verlangen der Sozialdemokratie nach verstärkten Anstrengungen auf dem Sektor der Bildungs- und Gesundheitspolitik eine "Rückständigkeit" der Bundesrepublik gegenüber den "Erzengenschaften" der Sowjetzone zu konstruieren.

Soweit die Kommentare der SED-Presse über das Deutschlandtreffen der SPD für den innerpolitischen Bereich der SED-Propaganda berechnet sind, kann auch der Aussenstehende die Klischees der SED-Kommentatoren durchaus verstehen. Dazu gehört auch das Bestreben, nicht so sehr die Aussagen der SPD auf ihrem Deutschlandtreffen in den Mittelpunkt der Berichterstattung und Kommentierung zu stellen, als vielmehr einige Erklärungen, die der Führer der britischen Labour-Party, beisteuerte, wobei Wilsons Rede in besonderem Maße nach dem SED-Gustus sezziert wurde.

Die Forderung des Labour-Politikers nach einer Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Atomwaffen, die übrigens auch von der SPD vertreten wird, wurde von der SED-Presse zu einem "Gegensatz zur SED

Politik" verfälscht. Auch Wilsons Forderung nach einer Verdünnung der Rüstung an der Grenzlinie zwischen West und Ost wurde selbstverständlich von den SPD-Kommentatoren in gleichen Sinne interpretiert. Kennzeichnend freilich für diese propägedistisch bedingte Auslegung der Wilson-Rede ist der Umstand, daß das Bekenntnis des Labour-Führers zur Freiheit Berlins und seiner Sicherheit entweder ganz verschwiegen oder zumindest in den Hintergrund gedrängt wurde.

"Arbeiter in Bremen"

Interessantes Ergebnis einer Meinungsumfrage

FHB - Eine hervorragende sozialwissenschaftliche Untersuchung zum Thema "Arbeiter in Bremen" hat jetzt das Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg, Abteilung für Verhaltensforschung vorgelegt. Die 140 Schreibmaschinenseiten umfassende Arbeit wird in neun Kapitel gegliedert: Tätigkeit und Tätigkeitsbedingungen, berufliche und soziale Mobilität der Arbeiter als soziale Umwelt, die soziale Situation der Bremer Arbeiter, Besitz und Verbrauch, das Sozialprofil der Bremer Arbeiter, Mitbestimmung und Gewerkschaften, Informations- und Meinungsbildung und Wirtschaftsoptimismus gestern und heute.

In Einzelbefragungen in den Jahren 1959 bis 1962 wurde u.a. die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz und der ausgeübten Tätigkeit (1 - 3,5 bei einer Wertskala von + 5 bis -5) getestet. Ebenso sind die befragten Arbeiter im Durchschnitt mit ihrer Wohnung durchaus zufrieden (1 - 3,5, Gesamtbevölkerung = 3,1). Noch höher liegt das Gesamturteil über Bremen (im Vergleich mit anderen Orten) mit +4. Fünf von sechs Arbeitern sind auch der Meinung, daß genügend Institutionen und Möglichkeiten zur Weiterbildung in Bremen vorhanden sind. Weiters am meisten interessiert an der Förderung junger Leute ist nach Meinung der Befragten der Bremer Senat. Allgemein werden die Zukunftsaussichten und die wirtschaftliche Lage Bremens positiv beurteilt.

Und schließlich: Hauptquelle für die Unterrichtung "über das, was in Bremen geschieht", ist die Zeitung (68 - 75 Prozent).

Spitzbergen

Norwegisches Desinteresse ?

sp - Im Schatten der Entscheidungen, die jetzt in Oslo gefallen sind, steht die Inselgruppe Spitzbergen, die als norwegisches Territorium zwischen Barentssee und nördlichem Eismeer liegt. Diese Inselgruppe gehört mit Norwegen zum Bereich der NATO, die dort zwar keine militärischen Stützpunkte aber doch wichtige Wetterstationen besitzt. Das große Kuriosum aber besteht darin, daß auf den unwirtlichen Inseln zugleich auch Russen zuhause sind.

Neben den 2.000 norwegischen Einwohnern beherbergt Spitzbergen 500 Russen. Sie sind dort in den Kohलगruben bei Pyramiden, Grumentcity und Barentsburg beschäftigt, wo sie ebenso wie bisher die Norweger in anderen Grubenbezirken im Tagebau Pottkohle hauen. Die Schürfrechte und Abbaurechte der Russen führen auf den Pariser Vertrag von 1920 zurück, wonach neben Norwegen auch andere Staaten - ausgenommen Deutschland - am Abbau der Erzschatze teilhaben können. Die Russen unterhalten bei den Gruben kleine Städte aus norwegischen Holzhäusern, in denen weder ein Kulturhaus, ein Theater, noch eine Schule oder eine Kantine fehlen.

Zuletzt beschäftigte sich die norwegische Regierung im Herbst 1962 mit den politischen Verhältnissen auf Spitzbergen. Damals, im Spätsommer, hatten nämlich einige sowjetische Expeditionen entlang der Küste Vermessungen vorgenommen. Sie setzten Eisbrecher und Umschrauber ein. Vorher hatte der sowjetische Konsul auf Spitzbergen Gregori Barulin, die Regierung in Oslo davon unterrichtet, daß man nach Kohle und Erdöl suchen werde, und Norwegen hatte das gemäß den Bestimmungen des Vertrages von 1920 gestattet. Bisher haben die Vermessungen und seismographischen Sprengungen jedoch nicht zur Folge gehabt, daß Rußland von Norwegen auch Konzessionsrechte zum weiteren Abbau von Kohle und zu neuer Gewinn von Erdöl begehrt.

Vor diesem Hintergrund ist nun die Entscheidung aus Oslo bemerkenswert, daß man seitens Norwegens den Kohlebau eingestellt habe - und zwar wegen der Bergwerkunglücke, die zur Regierungskrise führten. Es ist nun nicht so, daß Norwegen sich, wenn es den Kohlebergbau endgültig einstellt, der Konzessionsrechte über die Insel begeben würde. Aber zweifellos wird der Einfluß Norwegens über dieses abseitige Inselreich, das im Ernstfall für die NATO erstaufige Bedeutung erhalten würde, erheblich reduziert. Norwegen kann nun schwerlich den Forderungen Rußlands nach einem ausgedehnteren Kohleabbau und der Aufnahme von Erdölbohrungen widersprechen. Es ist auch die Frage, ob sich jetzt nicht neben Rußland westliche und in der NATO befindliche Staaten für die Gewinnung von Bodenschätzen auf Spitzbergen interessieren werden.